

Naomi Klein

Der Aufschwung des Katastrophen-Kapitalismus*

In der Hitze des Sommers 2004, das Land und die Medien dösten still vor sich hin, machte die Präventivkriegs-Doktrin der Regierung von George W. Bush einen großen Sprung nach vorne. Am 5. August schuf das Weiße Haus ein neues Büro – das Büro des Koordinators für Wiederaufbau und Stabilisierung unter der Führung von Carlos Pascual, ehemaliger US-Botschafter in der Ukraine. Seine Aufgabe ist die Erarbeitung detaillierter „Post-Konflikt“-Pläne für bis zu 25 Länder, die sich noch gar nicht im „Konflikt“ befinden, zumindest bis jetzt. Laut Pascual ist dieses Büro in der Lage, gleichzeitig bis zu drei umfassende Wiederaufbau-Programme in verschiedenen Ländern zu koordinieren, von denen jedes „fünf bis sieben Jahre“ dauert. Das sollte eigentlich niemanden überraschen. Denn es ist wohl nur angemessen für eine Regierung, die sich der präventiven Zerstörung widmet, sich ein Büro für präventiven Wiederaufbau einzurichten.

Längst vergangen sind die Zeiten, in denen die Regierung erst den Ausbruch eines Krieges abwartet, um dann aus dem Stehgreif Pläne zu entwerfen, wie man die Sache wieder in den Griff bekommt und Ordnung ins Chaos bringt. Heute arbeitet man vorausschauend. In enger Zusammenarbeit mit dem National Intelligence Council führt Pascuals Büro „Hochrisiko“-Länder auf einer Beobachtungsliste, es bringt schnell mobilisierbare „rapid-response-teams“ zusammen, die sich der Vorkriegs-Planung widmen und am Ende eines Konflikts „schnell zum Aufmarsch bereit“ stehen. Mitglieder dieser Teams kommen aus Privatunternehmen, NGOs und verschiedenen Denkfabriken. Einige davon haben bereits Vorverträge zum Wiederaufbau von Ländern, die noch gar nicht „abgebaut“ sind. Diesen Papierkram bereits im Vorfeld zu erledigen „verkürzt unsere Reaktionszeit um drei bis sechs Monate“, erklärte Pascual im Oktober bei einer Veranstaltung im Center for Strategic and International Studies (CSIS).

Die Pläne, die das kaum bekannte Büro im Außenministerium entwirft, haben zum Ziel, „das soziale Gewebe einer Nation zu ändern“, sagte Pascual im

* Zuerst erschienen in: *The Nation*, 2. Mai 2005, www.thenation.com/doc/20050502/klein

CSIS. Seine Aufgabe ist es nicht einfach, irgendwelche alten Staaten wieder aufzubauen, sondern neue, „demokratische und marktorientierte“ Gesellschaften zu schaffen. So könnten seine Schnellreaktions-Teams – nur so zum Beispiel – dabei helfen, „Staatsbetriebe zu verkaufen, die einer lebensfähigen Ökonomie entgegenstehen“. Wiederaufbau, erklärte Pascual, bedeute eben manchmal auch, „das Alte zu zerstören“.

Wenige Ideologen können der „terra-nullius-Versuchung“ widerstehen – der Versuchung, die Welt als weites, offenes, jungfräuliches Gelände darzustellen, das entdeckt, erschlossen und gestaltet wird. Das war das verführerische Versprechen des Kolonialismus: Die „Entdeckung“ „neuer“ Länder, wo die Errichtung von Utopia keine Utopie sein sollte. Doch der Kolonialismus ist tot. Zumindest sagt man uns das. Es gibt keine neuen Länder mehr zu entdecken und keine terra nullius (die es übrigens ohnehin nie gegeben hat). Im Buch der Welt gibt keine weißen Seiten mehr aufzuschlagen, die wir mit „den neuesten und schönsten Worten beschreiben können“, wie Mao es einmal ausdrückte. Was es aber zuhauf gibt, das ist Zerstörung – Länder, die zu Kleinholz zerschlagen werden entweder durch so genannte höhere Gewalt oder durch Bushs Gewalt (im Auftrag der höheren Gewalt Gottes). Und wo es Zerstörung gibt, da gibt es Wiederaufbau – und die Chance, sich der „schrecklichen Dürftigkeit“ anzunehmen, wie ein UN-Mitarbeiter das von der Flut verwüstete indonesische Aceh einmal beschrieb, und diese „Dürftigkeit“ mit den schönsten und perfektesten Plänen zu füllen.

„Früher gab es den ordinären Kolonialismus“, sagt Shalmali Guttal aus Bangalore, ein Wissenschaftler der NGO *Focus on the Global South*. „Heute haben wir verfeinerten Kolonialismus. Sie nennen ihn Rekonstruktion.“ Augenscheinlich befinden sich immer größere Teile des Globus im Wiederaufbau: Länder werden betreut von Parallel-Regierungen, deren Mitglieder sich aus den allseits bekannten „for profit“ Unternehmensberatungen, Ingenieurbüros, Finanzhäusern, Mega-NGOs und aus den Hilfsorganisationen nationaler Regierungen oder der UN rekrutieren. Und von den Bewohnern dieser Baustellen – von Irak bis Aceh, von Afghanistan bis Haiti – hört man den Chor immer gleicher Beschwerden: Die Arbeit, so sie überhaupt stattfindet, geht viel zu langsam voran; ausländische Berater verfügen über üppige Spesenkonten und erzielen Gehälter von 1000 Dollar täglich, während die einheimische Bevölkerung ohne Jobs oder Weiterbildung bleibt und bei der Entscheidungsfindung kein Wort mitzureden hat. Ausländische Fachleute im „Demokratie-Aufbau“ belehren Regierungen über die Bedeutung von Transparenz und guter Regierungsführung. Denselben Regierungen gewähren die meisten privaten Auftragnehmer oder NGOs gleichzeitig keinen Einblick in ihre Bücher, geschweige denn Kontrolle über die Verwendung der Hilfsgelder.

Ganze drei Monate nachdem die Tsunami-Welle Aceh überrollt hatte, schrieb die *New York Times* in einem deprimierenden Bericht, dass noch immer „fast

nichts getan worden ist, um die Schäden zu reparieren oder die Region wieder aufzubauen“. Ein ähnlicher Report hätte leicht aus dem Irak kommen können. Denn dort sinken laut *Los Angeles Times* all die vom US-Konzern Bechtel angeblich wiedererrichteten Wasserwerke langsam in sich zusammen – ein weiterer Fall in der endlosen Reihe von Wiederaufbaukatastrophen. Der Bericht hätte auch aus Afghanistan kommen können. Dort empörte sich jüngst Präsident Hamid Karsai über „korrupte, verschwenderische und unverantwortliche“ Vertragsnehmer aus dem Ausland, die die „kostbaren Ressourcen vergeuden, die Afghanistan an Hilfen erhält“. Klage kommt auch aus Sri Lanka, wo 600.000 Menschen durch den Tsunami Haus und Hof verloren haben und in improvisierten Flüchtlingslagern dahinsiechen. Einhundert Tage nach der großen Flutwelle sandte der Chef des National Fisheries Solidarity Movement in Negombo, Sri Lanka, Herman Kumara, eine verzweifelte e-mail an seine Kollegen rund um den Globus: „Die Mittel, die den Opfern helfen sollten, helfen nur den wenigen Privilegierten, nicht den wahren Opfern“, schrieb er. „Unsere Stimmen werden nicht gehört und man lässt es nicht zu, dass wir sie erheben.“

Dass die Wiederaufbau-Industrie sich so überraschend unbeholfen bei ihrer Arbeit anstellt, mag daran liegen, dass Wiederaufbau gar nicht ihr erster Zweck ist. „Es geht nicht um Aufbau“, meint Guttal, „sondern um Umbau.“ Die Berichte von Korruption und Inkompetenz mögen auf den ersten Blick die Industrie zwar kritisieren, letztlich aber verdecken sie den eigentlichen Skandal: den Aufstieg einer räuberischen Form des Katastrophen-Kapitalismus, der Verzweiflung, Zerstörung und Angst nach einem Desaster zu radikalen sozialen und ökonomischen Veränderungen nutzt. Dabei arbeitet die Aufbau-Industrie schnell und effizient. Privatisierungen und Landnahmen werden so rasant geplant und festgezurr, dass die Bevölkerung zumeist gar nicht mitbekommt, was über sie gekommen ist. In einer anderen e-mail warnt Kumara davor, dass Sri Lanka eine zweite Flutwelle droht – „eine Flutwelle der Konzern-Globalisierung und Militarisierung“, die potenziell noch zerstörerischer ist als die aus Wasser. „Wir sehen dies als Versuch, inmitten der Tsunami-Krise das Meer und die Küstenregion an ausländische Unternehmen und die Tourismus-Industrie auszuliefern, mit der militärischen Unterstützung durch die US Marines.“

Die Situation in Sri Lanka hat eine auffallende Ähnlichkeit mit einem Projekt, das der stellvertretende US-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz in Irak entwarf und überwachte: Bagdad stand noch in Flammen, da machten sich Vertreter der US-Besatzungsmacht schon daran, die Investitionsgesetze des Landes umzuschreiben. Angekündigt wurde die Privatisierung der staatlichen Unternehmen. So mancher mag vor diesem Hintergrund gedacht haben, Wolfowitz sei nicht der richtige Mann für den Chefposten der Weltbank. Doch ist es genau umgekehrt: Gerade der Fall Irak hat ihn bestens auf seine Aufgaben an

der Weltbank-Spitze vorbereitet. Denn in Bagdad hat Wolfowitz genau die Politik verfolgt, die die Weltbank faktisch bereits in allen von Krieg und Zerstörung geplagten Ländern implementiert – allerdings mit weniger bürokratischen Feinheiten und dafür mit mehr ideologischem Draufgängertum.

Ohne Zweifel ist im Rekonstruktions-Business jede Menge Geld zu machen. Hier locken gigantische Aufbau- und Lieferverträge. Allein in Irak hat der Halliburton-Konzern sich Kontrakte über mehr als zehn Milliarden Dollar gesichert. Der kostspielige „Demokratie-Aufbau“ hat sich zu einer Zwei-Milliarden-Dollar-Industrie ausgewachsen. Die Zeiten für Beratungsfirmen waren nie besser. Besonders für jene unter ihnen, die Regierungen beim Verkauf ihres Besitzes beraten oder die als Vertragsnehmer die staatlichen Dienstleistungen gleich in Eigenregie übernehmen. Der in den USA derzeit führende Konzern, Bearing Point, konnte jüngst berichten, der Umsatz in seiner Abteilung „Public Services“ habe sich „in nur fünf Jahren vervierfacht“; im Jahr 2002 fiel ein Gewinn von 342 Millionen Dollar an, das entsprach einer Gewinnmarge von 35 Prozent.

Für die Weltbank wiederum sind zerstörte Länder aus einem anderen Grund interessant: Sie sind fügsam. Im Gefolge eines verhängnisvollen Ereignisses tun Regierungen allzu oft alles, um die dringend benötigten Finanzhilfen zu bekommen. Auch wenn das bedeutet, neue Milliardenkredite zu schultern oder durchgreifenden Strukturreformen zuzustimmen. Auch die Bevölkerung muss die Weltbank nicht fürchten. Denn sie ist damit beschäftigt sich Nahrung und ein Dach über dem Kopf zu beschaffen, die Organisation von politischem Widerstand gegen Privatisierung wird zum unerschwinglichen Luxus.

Zupass kommt es der Weltbank zudem, dass viele kriegsverwüstete Staaten in einen Zustand „begrenzter Souveränität“ sinken. Auf Grund ihrer Instabilität und Unerfahrenheit wird ihnen die adäquate Verteilung der Hilfsgelder nicht zugetraut, weswegen die gewährten Mittel häufig in einen Treuhandfonds fließen. Und dieser wird – wenig überraschend – von der Weltbank verwaltet. Dies ist zum Beispiel in Ost-Timor der Fall, wo die Bank die Regierung an der kurzen Leine hält und die Gelder sparsam austeilt, aber auch nur solange die Politik „verantwortlich“ mit diesem Geld umgeht. Zu diesem verantwortlichen Umgang gehört offensichtlich auch die Streichung vieler Jobs im öffentlichen Sektor – Ost-Timors Regierung ist nur noch halb so groß wie zu Zeiten der indonesischen Okkupation. Gleichzeitig werden der Regierung ausländische Experten aufgenötigt, die die Weltbank mit Geld überschüttet. „In einer Abteilung“, so schreibt der Wissenschaftler Ben Moxham von *Focus on the Global South*, „verdient ein einziger ausländischer Berater in einem Monat so viel wie seine timoresischen Kollegen in einem ganzen Jahr.“

Auch in Afghanistan verwaltet die Bank die internationalen Hilfsgelder in einem Treuhandfonds. Dort hat sie es bereits geschafft, das Gesundheitssystem weitgehend zu privatisieren, indem sie dem Gesundheitsministerium Gelder

verweigerte. Stattdessen lenkte sie die Millionen direkt zu NGOs, die ihre eigenen privaten Krankenhäuser auf Basis von Drei-Jahres-Verträgen führen. Eine „wichtigere Rolle für den privaten Sektor“ wurde auch für die Bereiche Wasserversorgung, Telekommunikation, Bergbau, Öl und Gas angeordnet. Der afghanische Staat wurde zudem aufgefordert, sich aus der Elektrizitätsversorgung „zurückzuziehen“ und sie „ausländischen Privatinvestoren“ zu überlassen. Diese tief greifende Transformation der afghanischen Gesellschaften stand nie zur Diskussion, über sie wurde weder öffentlich debattiert noch wirklich berichtet. Kaum jemand außerhalb der Weltbank weiß von diesen Vorhaben, denn die Bank hat sie gut versteckt – schriftlich niedergelegt sind sie lediglich in einem „technischen Anhang“ zu einem Abkommen über Nothilfe für Afghanistans verwüstete Infrastruktur. Festgeschrieben wurde dies übrigens bereits zwei Jahre bevor das Land überhaupt eine gewählte Regierung hatte, die ihre Infrastruktur an Privatinvestoren hätte veräußern können.

Ähnliche Geschichten hört man aus Haiti. Nach dem Abgang von Präsident Jean-Baptiste Aristide verlangte die Weltbank im Austausch für einen 61-Millionen-Dollar-Kredit nach eigenen Worten „Public-Private Partnerships im Bildungs- und Gesundheitswesen“, sprich die Übernahmen von Schulen und Krankenhäusern durch private Firmen. Roger Noriega, im Außenministerium mitzuständig für Angelegenheiten in der westlichen Hemisphäre, hat klar gestellt, dass die Bush-Regierung diese Sicht teilt: „Wir werden die Regierung von Haiti ermuntern, die Restrukturierung und Privatisierung einiger öffentlicher Unternehmen in angemessener Zeit voranzutreiben“, sagte er dem American Enterprise Institute am 14. April 2004.

Dies sind außerordentlich umstrittene Forderungen an ein Land mit einer starken sozialistischen Basis. Die Weltbank gibt zu, dass sie genau darin den Grund sah, den Umbau zu einem Zeitpunkt voranzutreiben, in dem Haiti zunehmend unter der Herrschaft des Militärs zu stehen schien: „Die Übergangsregierung bietet eine Gelegenheit zur Einführung ökonomischer Reformen..., die von einer Nachfolgeregierung nur schwer wieder rückgängig zu machen sind“, bemerkt die Bank in ihrem Abkommen über das „Economic Governance Reform Operation Project“. Für die Haitianer ist dies eine besonders bittere Ironie. Beschuldigen doch viele von ihnen die Weltbank und andere multilaterale Institutionen, mit dem Zurückhalten von Krediten über Hunderte von Millionen Dollar die Krise des Landes verschärft zu haben, die schließlich zum Ende von Aristides Präsidentschaft führte. Zu dieser Zeit begründete auch die Interamerikanische Entwicklungsbank (IBD) – unter Druck des US-Außenministeriums – die Verweigerung von Zahlungen mit Haitis Demokratiedefiziten und verwies zum Beweis auf einige kleinere Unregelmäßigkeiten bei lokalen Wahlen. Aber nun, wo Aristide fort ist, nutzt die Weltbank die Gunst der Stunde in einer demokratiefreien Zone.

In den vergangenen drei Jahrzehnten haben die Weltbank und der Internationale Währungsfonds (IWF) vielen unter Schock stehenden Ländern Schocktherapien verordnet, insbesondere in Lateinamerika nach Staatsstreichen der Militärs sowie nach dem Ende der Sowjetunion. Sie haben die Gunst der Stunde also schon immer zu nutzen gewusst. Dennoch erlebte der Katastrophen-Kapitalismus nach Meinung vieler Beobachter seinen wirklichen Aufschwung erst mit dem Hurrikan „Mitch“. Im Oktober 1998 fiel „Mitch“ eine Woche lang über Mittelamerika her, fraß ganze Dörfer und tötete mehr als 9000 Menschen. Bereits ruinierte und verarmte Länder suchten verzweifelt nach Hilfe zum Wiederaufbau. Die Hilfe kam auch. Doch war sie mit ein paar kleinen Nebenbedingungen versehen. Zum Beispiel Honduras: In den zwei Monaten nach „Mitch“ – das Land stand noch knietief in Trümmern, Schlamm und Leichen – beschloss der Kongress „beschleunigte Verkäufe nach dem Sturm“, so die *Financial Times*. Verabschiedet wurden Gesetze zur Privatisierung von Flughäfen, Seehäfen und Autobahnen, beschleunigt wurde der Verkauf der staatlichen Telefon- und der Elektrizitätsgesellschaft sowie von Teilen der Wasserversorgung. Gesetze zur Landreform wurden gekippt, stattdessen erleichterte man ausländischen Investoren den Kauf und Verkauf von Grund und Boden. Ähnliches geschah in den Nachbarländern: In denselben zwei Monaten kündigte Guatemala Pläne zur Veräußerung seines Telefonnetzes an, dasselbe in Nicaragua, wo die Regierung Investoren darüber hinaus auch noch ihre Elektrizitätsgesellschaft und den Ölsektor andiente.

Vorangetrieben wurden all diese Privatisierungspläne von den üblichen Verdächtigen. Laut *Wall Street Journal* „warfen Weltbank und IWF für Nicaraguas Telekom-Verkauf all ihr Gewicht in die Waagschale, indem sie den Deal zur Bedingung nicht nur die Freigabe von Hilfgeldern über rund 47 Millionen Dollar jährlich machten, sondern auch für den Erlass von 4,4 Milliarden Dollar Schulden“.

Auch die Tsunami-Katastrophe hat die Weltbank genutzt, um ihre übliche Politik durchzuziehen. Jene Länder, die es am härtesten getroffen hat, erhielten so gut wie keinen Schuldenerlass. Im Gegenteil, die Schulden wurden durch die Flutwelle noch gesteigert, denn den größten Teil der Nothilfe gewährte die Weltbank nicht als Schenkung, sondern als Kredit. Zwar erlitten die kleinen Fischerdörfer die größten Schäden, sie beklagen 80 Prozent aller Opfer der Welle. Auf der Hilfsliste der Weltbank stehen sie allerdings nicht oben. Statt ihnen beim Aufbau ihrer Dörfer zu helfen, setzt die Bank auf die Expansion des Tourismussektors und der großen Fischereiindustrie. Der Wiederaufbau der öffentlichen Infrastruktur wie Straßen oder Schulen „könnte die öffentlichen Finanzen stark strapazieren“, notiert ein Weltbank-Dokument und empfiehlt: Privatisierung! (Ja, es stimmt, diese Leute haben wirklich nur ein Konzept). Laut Tsunami-Reaktions-Plan der Bank wäre „für einige der Projekte die Einbeziehung privater Investoren angemessen“.

Wie bei anderen Megabaustellen der Welt – von Haiti bis Irak oder Afghanistan – wird auch die Tsunami-Hilfe nicht dafür ausgegeben, zu erneuern was zerstört wurde. An den Küsten von Sri Lanka, Thailand, Indonesien und Indien ist die Rekonstruktion von Hotels und Fabriken bereits in vollem Gang. Gleichzeitig werden arme Familien durch neue Gesetze daran gehindert, ihre Häuser und Dörfer in Meeresnähe wieder aufzubauen. Strand und Küste sind zu kostbar, um sie an arme Fischerfamilien zu verschenken. Daher werden Hunderttausende von Menschen ins Inland abgedrängt – auf Aceh in militärähnliche Baracken, in Thailand in vorgefertigte Betonklötze. Die Küste verändert ihr Gesicht: Die vereinzelt Fischergemeinden verschwinden und mit ihnen die Strände, an denen die Bewohner ihre handgeknüpften Netze zum Trocknen aufhängen. Stattdessen versammeln sich dort Politiker, Konzerne und Geldgeber, um die von Armut befreite Küste nach ihrem Bilde zu formen: die Strände als Spielplätze für Touristen und das Meer als Ressource für große Fischfangflotten, und all das versorgt durch privatisierte Flughäfen und Autobahnen, die mit geborgtem Geld finanziert werden.

Im Januar 2005 entzündete sich eine kleine Kontroverse, als Condoleezza Rice den Tsunami eine „eine wunderbare Gelegenheit“ nannte, „die uns eine große Dividende gebracht hat“. Viele waren erschreckt, dass hier aus einer menschlichen Tragödie eine große Chance gemacht wurde. Aber womöglich hat Rice schlicht die tiefere Wahrheit dieser Katastrophe erkannt und benannt. Ebenso wie eine Gruppe, die sich selber *Thailand Tsunami Survivors and Supporters* nennt. Laut dieser Gruppe war „für Geschäftsleute und Politiker der Tsunami die Antwort auf ihre Gebete, hat die Welle doch die Küstenregion von Gemeinden und Dörfern gereinigt, die der Errichtung von Bungalowsiedlungen, Hotels, Kasinos und Shrimp-Farmen im Wege standen. Für diese Leute ist die Küste nun offenes, freies Land“.

Katastrophen erschaffen sie heute wieder, die terra nullius.

Aus dem Englischen übersetzt von Stephan Kaufmann